**POSITIONSPAPIER**

Energiepreise senken, Transformation gestalten – Empfehlungen der IHK Berlin für die aktuelle Energiepolitik

Hohe Energiepreise haben die Unternehmen in Berlin, Deutschland und Europa fest im Griff. Der Energiemarkt befindet sich in einer angespannten Situation. Für die Berliner Unternehmen stellt neben der Sicherheit auch die Bezahlbarkeit der Energieversorgung eine immense Herausforderung dar. Die dramatisch gestiegenen Strom- und Gaspreise gefährden die Existenz vieler Unternehmen, vom Kleinstunternehmen bis zum Großbetrieb, vom Einzelhandel bis zur Industrie.

Kurzfristige Empfehlungen

Die historisch hohen Strom- und Gaspreise bedrohen seit Monaten viele Berliner Unternehmen in ihrer Existenz und erfordern jetzt schnell wirksame Schritte, um die Substanz der Berliner Wirtschaft zu erhalten. Vor diesem Hintergrund empfiehlt die IHK Berlin kurzfristig folgende Maßnahmen, um die Unternehmen in der aktuellen Krise zu entlasten, die Energieversorgung zu sichern und den Wirtschaftsstandort Berlin wettbewerbsfähig zu halten:

- **Strom- und Energiepreise durch Sofortmaßnahmen entlasten**
Sowohl die Stromsteuer als auch die Energiesteuer auf Gas sollten im Einklang mit europäischen Vorgaben auf das Mindestmaß gesenkt werden.
- **Weitere Zusatzbelastungen verringern**
Die aktuell auf den Strompreis wirkenden Umlagen (§19-StromNEV-, Offshore-Netz-Umlage etc.) sollten mindestens für die Dauer der aktuellen Preiskrise in den öffentlichen Haushalt übernommen werden, gleiches gilt für die neu eingeführten Umlagen auf den Gaspreis.
- **Finanzielle Soforthilfen für Unternehmen ausweiten**
In der aktuellen Krisensituation müssen die bisherigen Entlastungsprogramme auf alle Branchen ausgeweitet werden und Unternehmen mit hohen Steigerungen bei den Energiekosten zielgerichtet Energiekostenzuschüsse erhalten.
- **Anreize für Flexibilität schaffen**
Ein Auktionsmodell zur Gaseinsparung vor dem Eintritt einer physischen Gasmangellage sollte kurzfristig eingeführt werden, um mit dem bestehenden Potenzial an Abschaltleistung frühestmöglich Gaseinsparungen anzureizen.
- **Abschaltkaskaden verhindern, Wirtschaft einbinden**
Um im Fall einer Gasmangellage gravierende Folgen für den Standort zu vermeiden, muss die Wirtschaft eng und institutionell abgesichert in die entscheidenden Prozesse zwischen Netzbetreibern, Versorgern, Politik und Verwaltung eingebunden werden.



Energiepreise senken, Transformation gestalten – Empfehlungen der IHK Berlin für die aktuelle Energiepolitik

Kurz- mittel- und langfristig wirksame Maßnahmen

Transformation gemeinsam gestalten

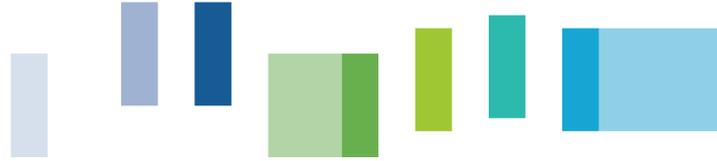
Die Preissteigerungen im Energiesektor sind in allen Teilen der Gesellschaft zu spüren. Eine mögliche Gasverknappung hätte erhebliche Auswirkungen auf Berlin. Für viele Berliner Unternehmerinnen und Unternehmer ist Klimaschutz und Energieeffizienz bereits heute integraler Bestandteil ihres Wirtschaftens. Die Energieproduktivität der Berliner Wirtschaft ist hoch und in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Die Berliner Wirtschaft hat ihre CO₂-Emissionen bei gleichzeitig starkem Wachstum deutlich gesenkt. Auch diese Erfolge der letzten Jahre führen dazu, dass viele Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit in der aktuellen Krise bisher erhalten konnten und gleichzeitig einen zentralen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten.

Um die bereits begonnenen Anstrengungen zu intensivieren, hat die IHK sich gemeinsam mit weiteren Partnern der Wirtschaft und Politik im Rahmen des Bündnisses „Wirtschaft spart Energie“ verpflichtet, ihre Unterstützung für Unternehmen auszuweiten mit dem Ziel, 10 Prozent + x einzusparen. Das umfasst beispielsweise Beratungsmöglichkeiten und Wege zur Förderung in Sachen Energieeffizienz und dem Einsatz erneuerbarer Energien. Weitere Institutionen, die einen eigenen Beitrag für die Transformation leisten wollen, sind eingeladen, der Charta „Wirtschaft spart Energie“ beizutreten. Auch weiterhin sind eigenverantwortliche Initiativen und Zusammenschlüsse von Berliner Unternehmen mit dem Ziel von Energieeinsparungen politisch

zu unterstützen, da sie die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern verringern und die Energiewende in Eigenverantwortung voranbringen.

Sofortmaßnahmen gegen hohe Strom- und Energiepreise umsetzen

Immer mehr Betriebe kommen durch die gestiegenen Energie- und Gaskosten an ihre Belastungsgrenzen. Die vorübergehende Senkung der Mehrwertsteuer auf Erdgas ist eine wichtige Entlastung für Privatkunden, für Unternehmen jedoch wirkungslos, weshalb es zusätzlicher Maßnahmen bedarf. Kurzfristig wirksam wäre eine Senkung der Energiesteuer auf das europäische Mindestniveau. Das wichtige Preissignal für den effizienten Gasverbrauch wird dadurch angesichts der enormen Preissteigerungen der letzten Monate nicht beeinträchtigt. Im Zuge der Dekarbonisierung wird auch der Stromverbrauch, insbesondere aus erneuerbaren Energien, für viele Wirtschaftsbereiche weiter steigen, weshalb die Stromsteuer dauerhaft im Einklang mit europäischen Vorgaben auf das Mindestmaß abgesenkt werden sollte. Energiesteuerentlastungen wie der Spitzenausgleich – also die Steuererklärung für besonders energieintensive Unternehmen des produzierenden Gewerbes – sollten weitergeführt und Netzentgelte mindestens für den Zeitraum der aktuellen Krise staatlich mitfinanziert werden. Zudem sind zielgenaue Unterstützungsmaßnahmen für schutzbedürftige Unternehmen erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Wirtschaft zu erhalten und den Mittelstand langfristig zu sichern. Im Hinblick auf Korrekturen bei der Gasumlage ist zu erwägen, die Kosten aus dem



Staatshaushalt zu tragen. Dies würde bürokratischen Aufwand und dadurch entstehende Kosten vermeiden.

Finanzielle Unterstützung für Betriebe in Not ausweiten

Die aktuellen Unterstützungsprogramme für Unternehmen, die der Bund mit seinen Entlastungspaketen in den letzten Monaten aufgesetzt hat, helfen aktuell nur wenigen Unternehmen. Wichtig ist vor allem eine zielgerichtete Erweiterung der Anspruchsberechtigten über strom- und handelsintensive Industriebetriebe hinaus. Dramatisch gestiegene Energiepreise belasten Unternehmen aus allen Branchen. Dafür braucht es kurzfristig wirksame Zuschussprogramme für Unternehmen mit hohen Steigerungen bei den Energiekosten und einer hohen Energieintensität, unabhängig von ihrer Branchenzugehörigkeit oder der Betriebsgrößenklasse.

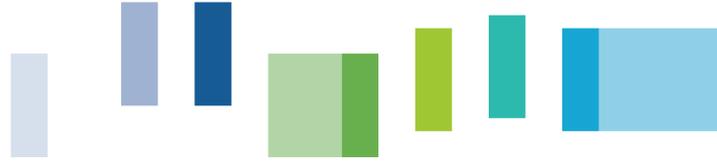
Flexibilitäten nutzen, Anreize bieten

Der Gasspeicherstand stellt im Zusammenhang mit der Kürzung von russischen Gaslieferungen ein potenzielles Risiko für die notwendige Beschaffung von Regelenergie für eine stabile Gasversorgung dar. Unternehmen könnten sich mit ihren Potenzialen zur Lastreduktion in die Sicherung der Gasversorgung einbringen, um die Systemstabilität zu gewährleisten. Dieses Potenzial von Abschaltleistung gegen Entschädigungszahlungen sollte genutzt werden, bevor eine physische Gasmangellage eintritt. Auktionsmodelle zur Gaseinsparung sind vor diesem Hintergrund ein wichtiger Baustein, um frühestmöglich Gaseinsparungen anzureizen und die Gasspeicher aufzufüllen. Das Einbeziehen von Unternehmen mit mehr als einem Megawatt Anschlussleistung kann dabei helfen, relevante Potenziale zur Gaseinsparung zu erschließen. Der Verzicht auf Gas ist in einigen Fällen aber nur durch einen Brennstoffwechsel möglich. Dieser so genannte

„Fuel Switch“ trifft häufig auf immissionsschutzrechtliche Hürden, die von den Behörden gemeinsam mit den Betrieben schnell und unbürokratisch zu beseitigen sind. Gemeinschaftliche, dezentrale Modelle der Eigenversorgung haben ein hohes Potenzial, einen langfristigen Impuls für den Ausbau erneuerbarer Energien und damit für mehr Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern zu geben. Beispielsweise können einzelne Unternehmen in Gewerbeparks durch PV-Anlagen zur Unabhängigkeit der Energieversorgung des gesamten Gewerbeparks beitragen. Dies geht jedoch mit hohen bürokratischen Hürden als Energie-Einspeiser einher. Hier bedarf es eines effizienten und unbürokratischen Weges hin zu einer Hub-Lösung.

Abschaltkaskaden verhindern

Sollte es zu Störungen in der Gasversorgung kommen, ist die zwangsweise Abschaltung von Unternehmen zu vermeiden. Im Gegensatz zu coronabedingten Schließungen bestimmter Branchen handelt es sich bei den möglichen Folgen eines Gaslieferstopps um Netzwerkeffekte, die ganze Wirtschaftszweige Berlins stilllegen könnten. Wichtig ist es hierbei, die einzelnen Verbrauchergruppen nicht gegeneinander auszuspielen. Anordnungen zur Reduktion des Gasverbrauchs, zur Abschaltung von Industriekunden hätten weitreichende Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Wertschöpfungsketten und Industrieanlagen. Bereits erfolgte Energieeinsparungen von Unternehmen müssen im Kontext etwaiger weiterer Einsparvorgaben berücksichtigt werden. Um im Fall einer Gasmangellage gravierende Folgen für den Standort zu vermeiden, muss die Wirtschaft eng und institutionell abgesichert in die entscheidenden Prozesse zwischen Netzbetreibern, Versorgern, Politik und Verwaltung eingebunden werden, z.B. im Rahmen eines eigens dafür geschaffenen Gremiums.



Vorübergehende Anpassung des Strommarkts überprüfen

Das bestehende Strommarktdesign funktioniert, solange das Gesamtsystem stabil ist. Im gesamtwirtschaftlichen Interesse sollte vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen eine vorübergehende und europäisch abgestimmte Anpassung des Strommarktes in Bezug auf einen Preisdeckel für die Stromerzeugung aus „inframarginalen“ Technologien überprüft werden. Hierbei würde ein Preisdeckel für alle Kraftwerke eingeführt werden, deren Grenzkosten unter denen der Gaskraftwerke liegen, die also wie z.B. Windkraft, Photovoltaik, Kohle- oder Kernkraftwerke günstiger Strom produzieren können als Gaskraftwerke. Die Differenz zwischen dem gesetzten Preisdeckel und dem Spotmarktpreis würde im Nachhinein abgeschöpft werden. Die zusätzlichen Einnahmen für den Staat sollten dann an den Endverbraucher weitergegeben werden. Vorteilhaft an dem Vorschlag ist, dass der Strommarkt weitestgehend intakt bleiben würde, da das kurzfristige Preissignal durch das Instrument nicht beeinflusst wäre. Dementsprechend wird auch der Gasverbrauch nicht zunehmen, und es besteht weiterhin ein Anreiz zum Stromsparen. Bei der Ausgestaltung eines solchen Modells ist zu berücksichtigen, dass Investitionsentscheidungen

in erneuerbare Energien, deren Ausbau ein grundlegendes Ziel der Bundesregierung und der EU ist, nicht abgebremst werden. Für die Wettbewerbsfähigkeit und den Ausbau von erneuerbaren Energien sind Hochpreisphasen entscheidend.

Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bleibt entscheidend

Nahezu alle Branchen sind von dramatischen Energiepreissteigerungen betroffen. Um Insolvenzen zu verhindern, die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und die Erreichung der gesetzten Klimaziele zu ermöglichen, braucht es Planungssicherheit durch verlässliche Rahmenbedingungen. Unternehmen sind dabei als zentraler Teil der Lösung zu verstehen, um Energieeinsparungen zu erzielen. Die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren ist noch dringender geworden. Dies gilt auch für den Einsatz erneuerbarer Energien, z.B. im Bereich der Eigenversorgung. Es geht um nichts Geringeres als die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs von Berliner Unternehmen, um Arbeitsplätze und damit um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und sozialen Frieden.